



Ostbeauftragte Gleicke stellt Studie zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR vor

Ostbeauftragte Gleicke stellt Studie zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR vor
Iris Gleicke, die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, stellte heute die Ergebnisse des von ihr initiierten Forschungsvorhabens "Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR" (PDF: 1,16 MB) vor. Die zentralen Studienergebnisse diskutierte sie mit Roland Jahn, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, mit Dr. Christian Sachse, dem Beauftragten der Union der Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) sowie dem Bearbeiter des Forschungsvorhabens, Herr Dr. Philipp Wölbern, vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.
Die Ostbeauftragte Gleicke wies darauf hin, dass für sie die weitere systematische Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht und das Schließen von Forschungslücken ein wichtiges politisches Anliegen ist. Mit Blick auf die Ergebnisse der aktuellen Untersuchung stellte sie fest: "Im DDR-Knast geschah systematisch Unrecht, Menschenrechte wurden verletzt und mit dem Ziel des 'volkswirtschaftlichen Nutzens' wurden Menschen schamlos ausgebeutet. Das Leid der Betroffenen muss anerkannt werden, die Opfer verdienen unser Mitgefühl und unseren Respekt."
Die Studie wurde vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam im Auftrag der Ostbeauftragten erstellt. Ziel des Vorhabens war es, die Bedingungen wissenschaftlich zu analysieren, unter denen im Strafvollzug der DDR Zwangsarbeit geleistet wurde. Im Mittelpunkt stand die Zwangsarbeit politischer Häftlinge. Die Studie findet keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass die politischen Gefangenen aufgrund zentraler Weisungen schlechter behandelt worden wären als die anderen Gefangenen. Denn im Vordergrund standen die wirtschaftlichen Zwänge der maroden Volkswirtschaft, die drängender waren, als der Aspekt der "Erziehung". Planerfüllung war das oberste Gebot.
Die Ergebnisse der Studie können Sie hier (PDF: 1,16 MB) abrufen.
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin Deutschland
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: <http://www.bmwi.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage